

Datum: 10. 11. 22

Budget für Bewachung (Sicherheitsdienstleistungen) in den Dienstgebäuden des Amtes für Wohnen und Migration; Budget für Bewachung (Sicherheitsdienstleistungen) in den Familienunterkünften des Amtes für Wohnen und Migration; Entfristung einer Stelle der Finanzbuchhaltung im Amt für Wohnen und Migration

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07904

Beschluss des Sozialausschusses vom 15.12.2022 (VB)
Öffentliche Sitzung

Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats

An das Sozialreferat

- Vorab per E-Mail -

Geltend gemachter Mehrbedarf

Im Rahmen der vorliegenden Sitzungsvorlage werden einige im Eckdatenbeschlussverfahren zum Haushalt 2023 (Nr. 20-26 / V 06456) gemeldeten Ausweitungen des Sozialreferats geltend gemacht. In der vorliegenden Stellungnahme wird ausschließlich auf die Maßnahmen mit personellen Ausweitungen eingegangen (für SOZ-59 und SOZ-93 wird auf die Stellungnahme der Stadtkämmerei verwiesen).

Das Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration, erfüllt eine Vielzahl von bürgernahen Aufgaben mit umfangreichem Publikumsverkehr. Um die Aufgaben weiterhin erfüllen zu können, muss sowohl die Sicherheit der Mitarbeiter*innen als auch die der Besucher*innen durch den Einsatz eines Sicherheitsdienstes mit der erforderlichen Anzahl an Sicherheitskräften gewährleistet werden. Vor diesem Hintergrund wird die Entfristung von 1,0 VZÄ im Jahr 2023 vom Sozialreferat geltend gemacht.

Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats

Das Personal- und Organisationsreferat erhebt keine Einwände gegen den in der Sitzungsvorlage beantragten Stellenmehrbedarf, da es sich bei dem Personalbedarf um eine vom Stadtrat im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2023 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 06456) anerkannte Ausweitung (siehe Nr. 64 der Liste der geplanten Beschlüsse des Sozialreferats) handelt.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.